

Aussuchen
Annahme-Direktheit.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Zurnahme-Direktheit.
In Berlin, Dresden,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei S. L. Haube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Nr. 212.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 24. März.

1882.

Amtliches.

Berlin, 22. März. Der Kaiser hat die bisherigen ständigen Hilfsarbeiter beim Reichsschatzamt, Regierungsrat Neumann und Regierungsrat Schulz zu Geheimen Regierungsräthen und vortragenden Räthen im Reichsschatzamt ernannt.

Der König hat dem Geheimen Ober-Finanzrath und vortragenden Rath im Finanzenministerium Marot den Charakter als Wirklicher Geheimer Ober-Finanzrat verliehen; den Bergrath Mosler in Berlin zum Geheimen Regierungsrath und vortragenden Rath im Ministerium für Handel und Gewerbe, und den Polizeiaffessor Lierp in Berlin zum Polizeiaffessor ernannt; ferner dem im Ministerium des Innern angestellten Geheimen expedirenden Sekretär und Kalkulator Eilers den Charakter als Rechnungs- und vortragenden Sekretär Schneider den Charakter als Kanzleirath, und dem Rheder und Reismühlen- sitzer Richter Clasen Rickmers zu Geheimen und dem Charakter als Kommerzienrath verliehen; sowie den befehlten Beigeordneten und zweiten Bürgermeister Staude in Halle a. S., der von der Stadtverordnetenversammlung dafelbst getroffenen Wahl gemäß, als ersten Bürgermeister dieser Stadt für die gesetzliche zwölfjährige Amtsdauer bestätigt.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung.

Berlin, 23. März. 11 Uhr. Am Ministertische Marbach, Bitter und Kommissarien.

Das Haus sieht die Berathung des Eisenbahnenats fort. Im Titel 4 des Kapitel 23 und den entsprechenden weiteren Titeln der späteren Kapitel sind die Gehälter der Stationskassen-Rendanten, Lokomotivführer &c. enthalten; bei den Werkstätten-Vorstehern ist die Bemerkung: „künftig wegfallend“ gemacht.

Referent Hammacher: Es liegt in der Absicht der Regierung, die Maschinenmeister aus der Subalterneinstellung in die Kategorie der höheren Beamten aufzunehmen, wofür natürlich auch höhere Ansprüche an ihre Qualifikation gestellt werden müssen. Deshalb sollen die Werkstättenvorsteher zum Theil künftig als wegfallend bezeichnet und vorläufig als Hilfsarbeiter der Maschinen-Inspectoren beschäftigt werden. Da aber ein Theil der Maschinenmeister mit geringeren Ansprüchen an ihre Qualifikation auch in Zukunft beschäftigt werden soll, das Bedürfnis aber in dem jetzigen Übergangsstadium noch nicht zu überwunden ist, so hat die Regierung davon absehen müssen, schon jetzt definitiv etatmäßige Stellen dafür einzustellen.

Der Artikel wird angenommen.

Zu Titel 6, der die „diätarischen Besoldungen“ enthält, beantragt Abg. Büchtemann: die Staatsregierung aufzufordern, die Stellen der Weichensteller, Bahn- und Brückenmeister, Portiers, Heizer und Bremser, soweit sie unter dem Titel der diätarischen Besoldungen aufgenommen sind, im nächsten Jahr als etatmäßige in den Etat aufzunehmen.“

Referent Hammacher: Die Regierung beabsichtigt diese Beamtenkategorien mehr den Theuerungsverhältnissen verschiedener Stationssorte entsprechend zu besolden. Würden sie nach den etatmäßigen Grundzägen angestellt, so könnten sie nie in eine höhere Gehaltsstufe aufwärts, wenn nicht vorher eine Stelle vakant geworden. Man führt gegen ihre diätarische Anstellung an, daß von ihnen der Sicherheitsdienst auf den Eisenbahnen abhängt, aber von den Portiers z. B. kann man das doch nicht behaupten. Das konstitutionelle Interesse des Hauses, über die Zahl der Beamten, ihre Gehälter &c. eine gewisse Verfügung zu haben, ist doch nur geringfügig im Vergleich mit den Nachtheilen, die der Eisenbahnenverwaltung daraus erwachsen.

Abg. Büchtemann: Der Vorschlag der Regierung würde jene Beamte dadurch ins Ungewisse stellen, daß der Minister oder die mittleren Behörden über Anstellung und höhere den Ortsverhältnissen entsprechende Besoldung arbiträr verfügen dürfen. Das soll mein Antrag verhindern, der nicht ausschließt, daß auch in dem etatmäßigen Rahmen den örtlichen Verhältnissen Rechnung getragen werde.

Geh. Rath Bresel'd: Es ist eine Fabel, daß die Stellung der Beamten nach Annahme des Vorschlags der Regierung eine unsichere wird. Nach dem Disziplinargesetz können auch etatmäßige angestellte Beamten entlassen werden. Diefen, sowie den Diätarien steht aber der Beschwerweg in vollstem Umfange offen. Sie können nur durch verwaltungsgerichtlichen Spruch aus ihrem Amte entfernt werden und es steht ihnen dann noch der Peturs an den Minister frei.

Abg. Windhorst: Dieser Vorgang zeigt, wie sehr sich Dienstleistungen, welche aus der Konzentrierung des Eisenbahnbetriebes in der Hand des Staates folgerten, daß Alle, welche dabei mitwirkten, nun auch zu Staatsdienern würden. Wir werden dasselbe bei jedem Betrieb, den der Staat in seine Hand nimmt, und nach dieser ersten Etappe noch ganz andere Dinge erleben. Auch der finanzielle Erfolg des neuen Systems wird uns vielleicht bald enttäuschen. Dem vorliegenden Antrag stimme ich im Prinzip bei, da auch ich wünsche, daß den Beamten eine größere Sicherung ihrer Lage und wo möglich bessere Einnahmen gewährt werden.

Zu Titel 8 beantragt Abg. Nickerl die Regierung zu ersuchen, dem Landtage in der nächsten Session mit dem Staatshaushaltsetat eine Nachweisung bezüglich der aus Titel 8 gezahlten Ausgaben an: Unterstellungen, außerordentlichen Remunerations für besondere Dienstleistungen und Weihnachtsgratifikationen vorzulegen. Er führt aus: gegen einen Remunerationsfonds für hervorragende Dienstleistungen wäre nichts einzuhören, wenn auch mehrere Petitionen dessen missbräuchliche Verwendung erwiesen haben. Höchst bedenklich aber ist das Trinkgeldersystem der Weihnachtsgratifikationen, die bekanntlich die Direktion der Ostbahn und die in Hannover den Beamten grundsätzlich entzogen haben, welche die bekannte Petition an das Abgeordnetenhaus unterzeichnet oder dafür agitiert haben. Eine Konferenz von Betriebsdirektoren in Hannover hat diese Maßregel ausdrücklich legalisiert, weil die Beamten in einer Art agitiert hätten, welche einen unzulässigen Druck auf die Regierung auszuüben bezeichnete, eine Aufzettelung des Petitionsrechtes, die jede Petition unmöglich machen würde. Der Arbeitsminister ist uns als politischer Minister dafür verantwortlich, daß den Beamten ihr verfassungsmäßiges Recht nicht verklummt werde. Vor derartigen Feindschaften müßten die Beamten dadurch geschützt werden, daß der Minister die Weihnachtsgratifikationen ganz beseitigt und ihnen den Vortheil derselben in anderer Form

zukommen läßt. Zunächst aber wäre es wünschenswerth, wenn er uns eine Nachweisung über die Art ihrer Vertheilung geben wollte.

Minister Marbach: Diesem Verlangen nachzukommen, habe ich kein Bedenken. Es ließe sich auch nichts dagegen einwenden, diese Gratifikationen, die ihren Ursprung in dem früheren Abschluß nach dem Kalenderjahr haben, verdienstvollen Beamten schon im Laufe des Jahres zu geben. Hierüber könnten wir uns ja verstündigen. Wenn die Petitionen in einer richtigen Form abgesetzt dem Landtage unterbreitet werden, so sehe ich in ihnen keinen Druck auf die Regierung. Freilich war es früher hier üblich, solche Anträge auf den Instanzenweg zu verweisen. Die Entziehung der Gratifikationen ist nicht auf meine Veranlassung geschehen. Die betreffenden Behörden werden wohl in der Form der Abfassung, der Petition etwas Unzulässiges, einen Vorstoß gegen den schuldigen Respekt gesunden haben. Ich werde die Sache untersuchen.

Abg. Haß: Es besteht für das Haus keinzureichender Grund, diese Nachweisungen zu verlangen. Man überzeugte sich in der Kommission, daß es unmöglich sei, feste Grundsätze für die Vertheilung der Remunerationen aufzustellen, und daß dieser Fonds im Gegentheil dem diskretionären Ermeessen der Behörden zu überlassen ist. Die Gründe für die Gewährung der Remunerationen anzugeben, ist unthunlich, und die Beamtenkategorien, denen die Unterstützungen zufallen, werden schon jetzt auf Verlangen der Budgetkommission mitgetheilt. Da also diese Nachweisung nichts nützen und der Regierung nur unnötige Arbeit machen würde, stimmen wir gegen den Antrag.

Abg. Windhorst: Aus dieser Nachweisung würde allerdings viel Nützliches zu entnehmen sein, da wir im künftigen Jahre mit der Regierung die Grundsätze festzustellen beabsichtigen, nach welchen die Verhältnisse der Beamten geregt werden sollen. Wir sind daher für den Antrag.

Abg. Büchtemann bringt aus dem Eisenbahndirektions-Bezirk Magdeburg einen Fall zur Sprache, in dem aus Anlaß der Ausübung des Petitionsrechtes Seitens einiger Beamten gegen diese durch die Mittelinstanz Ordnungsstrafen verhängt worden seien. In der betreffenden Verfügung sei der mit den Erklärungen des Ministers im Widerstreit stehende Grundsatz ausgesprochen, daß Petitionen an den Landtag durch die vorgesetzten Behörde abgehen müssten.

Der Antrag Nickerl wird angenommen.

Zu Titel 11 (Steuern, Kommunalabgaben und öffentliche Lasten 480.000 M.) beantragt die Budgetkommission, die Staatsregierung zur baldigen gesetzlichen Regelung der Kommunalbesteuerung der Staats- und Privatbahnen aufzufordern.

Referent Hammacher: Über die Grundsätze, nach welchen die Eisenbahnen zu den Kommunalsteuern herangezogen werden sollen, besteht eine Reihe von Kontroversen. Sollten nur die Einnahmen aus auf einer Station franco aufgezeigten Gütern oder solche aus allen frankirten und unfrankirten Güterverbindungen steuerpflichtig sein? Früher hatte die letztere Auffassung Gelung, fest die erste. Das hat aber zur Folge, daß es von dem Belieben der abschenden Geschäftsfleute abhängt, ob und wie weit eine Bahn zur Kommunalsteuer herangezogen werden soll. Es gibt Stationen mit sehr bedeutendem Güterverkehr, wo die Gemeinden durch die zahlreichen Bahnarbeiter bedeutende Lasten zu tragen haben, die Bahn aber doch, weil die meisten Sendungen nicht frankirt werden, nur in geringem Maße Steuern zahlt. Wie soll ferner die Frage entschieden werden, wenn die Station auf dem Territorium mehrerer Gemeinden liegt? Endlich werden die durch die Verstaatlichung vom Staat zu übernehmenden Beamten jetzt durch das Gesetz von 1822 den Staatsbeamten gewährten Benefizien theilhaftig, wodurch ebenfalls die Gemeinden tangiert werden. Alle diese Fragen haben die Kommission zu diesem Antrage veranlaßt, der ohne Diskussion vom Hause genehmigt wird.

Bei Titel 17 (Erneuerung der Betriebsmittel 970.000 M.) bemerkt Abg. Büchtemann, daß die für Erneuerung der Betriebsmittel im Ordinarium ausgeworfenen Summen nicht ausreichen, wenn man zum Maßstab der Erneuerung nicht blos die Erhaltung der Zahl der Betriebsmittel, sondern auch die Wahrung der Leistungsfähigkeit derjenigen neunlich Beschwerden über die diätarische Verhältnisse der Regierung baumeister zurück und wünscht, daß wenigstens diejenigen etatmäßige angestellt würden, welche bereits vor 10 oder 12 Jahren ihr legtes Examen absolviert hätten.

Ministerialdirektor Schneider erwidert, daß fast jeder zum Maschineninspektor beförderte Maschinenmeister das Maximalgehalt beziehe, so daß Unbilligkeiten in der angedeuteten Richtung nicht zu befürchten seien. Der Rest des Etats wird ohne Debatte genehmigt.

Es folgt der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung. Titel 1 und 2 (Anteil Preußens an den Überweisungen aus dem Reiche) werden bis nach Berathung des Steuererlasses zurückgestellt. Im Übrigen wird dieser Etat ohne Debatte genehmigt; der hierher gehörige Rechenschaftsbericht über die Verwaltung des Hinterlegungsfonds wird der Budgetkommission überwiesen.

Das Haus wendet sich nunmehr der Berathung der Titel 3 und 4 des Kapitel 4 der Einnahmen aus „direkten Steuern“ zu. Es handelt sich um den Steuererlass. Während die Regierung die aus den Reichsstempelabgaben an Preußen gelangenden 6 Millionen zum Erlaß einer vierten Monatsrate aller Klassensteuerstufen und der ersten Stufen der Einkommensteuer verwenden will, beantragt die Budgetkommission die Ablehnung des Steuererlasses und die Einstellung der dafür ausgeworfenen Summe als Einnahme

Bon den Konservativen (v. Hammerstein und Genossen) ist vorgeschlagen, die 6 Millionen Mark zur vollständigen Befestigung der untersten Klassensteuerstufe zu verwenden.

Die Kommission beantragt ferner folgende Resolution: „Die Staatsregierung aufzufordern, im Sinne einer organischen Steuerreform in der nächsten Session dem Landtage eine Gesetzesvorlage zu machen, durch welche nach Maßgabe der Mehrbelastung der einzelnen Steuer-

stufen durch die indirekten Steuern eine anderweitige Vertheilung der direkten Steuern herbeigeführt wird.“

Referent Abg. Bendix: Die Budgetkommission hat den Steuererlaß mit 13 gegen 7 Stimmen abgelehnt unter Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte. Die Finanzlage des Staates in den nächsten Jahren wird sich, trotz des Überschusses aus dem Jahre 1880-81, dem noch dazu eine Anleihe gegenübersteht, die eigentlich durch den Überschub hätte gedeckt werden müssen, nicht so günstig gestalten, wie die Regierung glaubt. Die Ausgaben für Beamten werden sich von Jahr zu Jahr steigern. Die vierzen Minister und ihre Vertreter haben wiederholte berechtigte Wünsche auf Gehaltsverbesse rung abgelehnt, weil ihnen das Geld dafür mangelt, wenn sie auch einzelne Verhältnisse geradezu als Notstände bezeichnen müssten. Es stand ferner in der Budget-Kommission fest, daß der gesamte Überschuss von 9 Millionen in Gemäßheit des Garantiegesetzes zur Tilgung der Eisenbahnschulden verwendet werden muß. Das Garantiegesetz wäre ganz wertlos, wenn der Finanzminister, sich stützend auf das Gesetz vom Juli 1880, dessen Bedeutungslosigkeit allgemein anerkannt worden ist, das Geld zur Amortisierung nicht vergeben wollte. Es muß vielmehr schon in diesem Jahre mit der Tilgung begonnen werden. Konnte also die Budgetkommission in ihrer Mehrheit nicht für den Steuererlaß stimmen, so war sie doch der Meinung, daß eine Reform der direkten Besteuerung, in der Richtung einer Entlastung der unteren Steuerstufen, einer wirkameren Einschätzung der höheren Stufen und einer Änderung des prozentualen Satzes für die Einkommensteuer dringend nötig sei. Eine Resolution zu beschließen, war bei der Verschiedenheit der einzelnen Ansichten über die Ausführung dieser einzelnen Petita nicht angängig. Die Kommission beschränkte sich auf die Annahme des (oben mitgetheilten) Antrages, den ich Ihnen zur Annahme empfehle. (Beifall.)

Abg. von Rauchau: Was den Steuererlaß betrifft, so hat der Finanzminister bei der Generaldebatte ausdrücklich erklärt, daß ein Steuererlaß nach Maßgabe des alten Steuererlaßgesetzes nur ein Notbehelf sei, daß es vielmehr darauf ankomme, die Steuerzahler stufenweise von unten heraus zu entlasten. Diese Auffassung ist von Seiten der Regierung noch stärker betont bei der Einbringung des Verwendungsgesetzes. Aufrichtig sind da die Gründe dargelegt worden, warum man es nicht mehr für zweckmäßig hält, einen Steuererlaß bis zur 6. Einkommensteuerstufe zu bewilligen, sondern von unten heraus die zu entlasten, die durch die neuen Steuern gestoßen sind. Wer nur einen Blick auf die Skala wirft, wird zugeben, daß es diese schon unmöglich macht, nach dem alten Steuererlaßgesetz zu verfahren. Wir hatten darum gehofft, daß die Regierung selbst nach einem anderen Ausweg suchen würde, und erst, als dies nicht geschehen, sahen wir uns in die wenig erfreuliche Lage versetzt, die Initiative zu ergreifen. Aber wir haben es gethan wegen der klaren Gründe, die gegen das alte Steuererlaßgesetz sprechen, und gesagt, daß auch das Haus sich auf diesen Boden stellen und objektiv an die Frage herantreten wird, ob ein Steuererlaß möglich und in welcher Form. Wenn gefragt wird, ob ein Steuererlaß möglich ist, so sagen wir, daß für diejenigen Parteien, die im vorigen Jahre den Steuererlaß bewilligt, die logische Notwendigkeit vorliegt, einem solchen auch diesmal zuzustimmen. Denn damals mußte zur Deckung des Extraordinariums ein Anleihegebot in den Etat eingefügt werden. Diesmal aber ist ein Überschub vorhanden, der zur Amortisation der Eisenbahnschulden verwendet werden soll. Da entsteht die schwere Frage, ob wir in diesem Jahre einen Schritt nicht thun dürfen, der eigentlich durch unsere Wirtschaftspolitik gegeben ist. Wir meinen, daß es notwendig ist, an eine Entlastung der unteren Steuerstufen heranzutreten, wir sind das den Steuerzahler einfach schuldig. Geben Sie den Erlaß bis zur Einkommensteuer hin, berücksichtigen also die Klassen, die nicht so durch die indirekten Steuern berührt werden. Durch spezielle Erfundigungen, die ich in mir nahe stehenden Kreisen persönlich ange stellt, weiß ich, daß gerade die unterste Steuerstufe die bedürftigste ist und ein Erlaß hier anfangen muß, wo die Steuer-Executionen 25 Prozent ausmachen. Das Geld zu einer solchen Entlastung haben wir. Es kommt nur darauf an, daß wir nicht ewig alte Schulden amortisieren. Dazu sollten wir erst schreiten, wenn wir eine gerechte Vertheilung der Steuerlast vorgenommen. Auch das Garantiegesetz steht einem solchen Verfahren nicht im Wege, denn es besagt, daß Überschüsse zu solchen Ausgaben verwendet werden sollen, für die sonst Anleihen nötig sind. Hier aber handelt es sich nicht um eine Ausgabe. Wir wollen nur eine Minderentnahme in den Etat einstellen und dadurch einen Minderüberschub erzielen. Es ist anerkannt, daß gegenwärtig eine Besserung der Verhältnisse besteht, aber man hat uns ein trübes Bild von der Zukunft entworfen und die Sache so dargestellt, daß unser Antrag einer soliden Finanzpolitik zuwiderlaufe. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß trotz des Steuererlasses in unseren Finanzen vielleicht noch ein Überschub erzielt werden wird. (Beifall rechts.)

Abg. Stengel: Wir halten eine organische Reform der Steuern für notwendig und wollen mit Bereitwilligkeit an dieselbe in der Weise gehen, daß eine Erleichterung der unmittelbaren Klassen eintrete. Bezüglich des Steuererlasses erkläre ich, daß ein großer Theil meiner Freunde für den Antrag der Kommission stimmen wird. Der Antrag Hammerstein hat wohl für uns viel Eindruck, da er sich in der Richtung bewegt, wie wir die Steuerreform wünschen. Aber wir haben keine so günstige Meinung über unsere finanzielle Lage wie der Vorredner. Wir befürchten es, daß man im vorigen Jahre sich nicht darauf beschränkt hat, den Erlaß bloß auf ein Jahr zu bewilligen. Wir haben damals dagegen unsere Bedenken geltend gemacht und halten dieselben heute noch aufrecht. Nun muß ich aber gestehen, daß ich den Abgeordneten von Rauchau um sein sanguinisches Temperament beneide, das ihn zu so rosig Anschauungen über unsere jetzige Finanzlage veranlaßt. Ich meine im Gegentheil, daß die Bedenken, welche sich im vorigen Jahre selbst gegen den einjährigen Steuererlaß erhoben, in diesem Jahre in noch höherem Maße auftreten müssen. Die Balancirung des Etats pro 1881/82 ist nur eine formale, nur herbeigeführt durch Einführung des Überschusses von 1882/83. Es ist das also nichts anderes, als eine verschleierte Anleihe. (Sehr wahr.) Ich gebe ja zu, daß die verstaatlichen Bahnen einen höheren Ertrag abgeworben haben, als die Rente, welche den Aktionären gezahlt werden muß; aber die 29 Millionen Mark Überschuss sind denn doch nur der Rest der Anleihe von 1880/81. Nun ist ein Novum eingetreten durch das Gesetz bezüglich der finanziellen Garantien, in welchem festgestellt wurde, daß eine Tilgungsquote schon für 1882/83 eingestellt werden solle. Wenn man nun trotz dieses Novums an dem Steuererlaß festhalten will, so disponiert man über eine Samme, über die schon disponiert ist. Was für

Aussichten haben wir auf eine Besserung der Finanzen? Etwa in Folge der neuen Reichssteuern? Diese sind bereits unverkürzt zu Zwecken bestimmt, die man als ganz günstige bezeichnen könnte, wenn nur das genügende Geld dazu da wäre. Überdies sind die Bedürfnisse des Staates im steten Wachsen begriffen. Die Ausgaben sind ja in diesem Jahre allein um 7 Mill. gestiegen. Und eine noch weitere Vermehrung derselben ist unausbleiblich. Ist doch während unserer Staatsberathung nicht sowohl von allen Seiten der Versuch gemacht worden, an einzelnen Positionen etwas abzuwählen, sondern vielmehr mehr Geld für Dieses oder Jenes zu erhalten. Die einzige Hoffnung auf Verbesserung des Staats kann sich nur auf die Vermehrung der Ueberschüsse aus den Eisenbahnen beziehen. Möglich daß dies eintritt, aber es bleibt doch ein trügerisches Moment, um so mehr, als jetzt Sekundärbahnen gebaut werden, die voraussichtlich für lange Jahre unrentabel sein werden. Wir können uns freuen, wenn wir ohne weitere Forderungen abschließen können. Nun hat die Regierung den Steuererlaß nicht etwa aus finanziellen Gründen vorgeschlagen, sondern weil sie glaubt, dazu nach dem Gesetz vom 16. Juli 1880 verpflichtet zu sein. Allein in dieser Weise darf jenes Gesetz nicht aufgesetzt werden. Es sollte ja mit demselben der Landesvertretung nur die Garantie gegeben werden, daß erhebliche Reichssteuern zu Steuererleichterungen verwendet werden, wenn nicht andere Zwecke mit Zustimmung des Landtags den Vorzug verdienen; das Gesetz wollte also blos eine subsidiäre Verwendung der Steuern festsetzen. Die gegenwärtige Auffassung der Regierung ist jedensfalls neu. Wir haben ja schon im Etat 43 Millionen an Reichssteuern zu anderen Zwecken als zu Erlassen verwendet. Wir befinden uns in einer sehr eigentümlichen Lage, wenn die Regierung weniger Steuern fordert, als ein großer Theil der Landesvertretung. Wir geben der Regierung die Quittung darüber, daß sie ihrer vermeintlichen Macht mit dem Vorschlag des Erlasses nachgekommen ist, haben aber die Überzeugung gewonnen, daß ein solcher Erlass jetzt nicht angezeigt ist und glauben so am besten für das Wohl des Landes zu sorgen. Wenn auch unsere Haltung uns vielleicht in der Bevölkerung nicht populär machen wird, so glauben wir doch damit unsere Pflicht zu thun. So lange die Einnahmen die Ausgaben nicht genügend decken, ist für uns kein hinreichender Anlaß, Steuern zu erlassen. Wir haben seit 4 oder 5 Jahren immerwährend Schulden aufgenommen. Es scheint fast, als ob man den Grundcharakter unserer soliden und sparsamen Finanzverwaltung ändern wollte. Und wenn auch ein so gesunder Körper, wie der preußische Staat, chronischen Uebeln lange widerstehen kann, so dürfte es doch nicht überflüssig sein, zu der Rückkehr der früheren Grundsätze zu mahnen. (Beifall.)

Die weitere Beratung wird bis Freitag 10 Uhr vertagt.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 23. März. [Der Steuererlaß. Bericht der kirchenpolitischen Kommission. Verhältnis zu Ruhland.] Die Behandlung der Steuererlaßfrage im Abgeordnetenhaus war von Anfang an auf keiner Seite ganz frei von der unsachlichen Rücksicht auf die bei den Wahlen dadurch hervorbringende Wirkung; aber den Konservativen gehörte der zweifelhafte Ruhm, an offener demagogischer Berechnung ebenso, wie an Gefügigkeit gegen die Wünsche des Kanzlers alle anderen Parteien übertroffen zu haben. Nachdem die privaten, unwilligen Neuherungen desselben über eine strengere finanzpolitische Anwandlung der Herren v. Rauchhaupt und v. Minnigerode, welche einen Augenblick den Steuererlaß ganz verwerfen wollten, ihre Wirkung gethan, sind sie schleunigst zu dem anderen Extrem übergesprungen, welches in dem heute von Herrn von Hammerstein wieder gefestigten Antrag des Großen Clairs aus der Budget-Kommission seinen Ausdruck findet: statt allen Klassesteuerzähler und denen der sechs untersten Stufen der Einkommensteuer eine, resp. zwei Monatsraten, vielmehr den Kontribuenten der ersten Klassesteuerstufe die ganze Steuer zu erlassen. Der ganz offen eingestandene Beweggrund ist die Erwagung, daß der Erlass von einer, resp. zwei Monatsraten nach den Erfahrungen der letzten Reichstagswahlen keine Wirkung für das Parteiinteresse verspricht, und daß es sich deshalb empfiehlt, den Steuererlaß-Segen einmal konzentriert einer kleineren Anzahl von Wählern zuzuwenden; vielleicht wirke er in dieser Form besser. Nach solchen Motiven wird jetzt bei uns "konservative" Finanzpolitik betrieben! Und dabei würden nach der Zusammenstellung der Budget-Kommission selbst bei vollständigem Verzicht auf jeden Erlass die Geldmittel für die Schuldenentlastung nach Maßgabe des soeben erst beschlossenen Gesetzes über die "finanziellen Garantien" der Verstaatlichung noch nicht in der vollen Höhe, wie dieses Gesetz die Tilgung in Aussicht nimmt, vorhanden sein; es fehlt noch fast eine Million daran. — Heute ist der Bericht der kirchenpolitischen Kommission erschienen, erstattet von dem konservativen Abg. Dr. Grimm. Bei der erheblichen Anzahl verschiedener Standpunkte, welche in dieser Kommissions-Verhandlung vertreten wurden und die Orientierung in dem Berichte ohnehin erschweren müssen, macht es sich besonders lästig geltend, daß unsere Kommissionen noch immer an dem gänzlich veralteten Gebrauch festhalten, daß in ihren Berichten die Namen der Redner, resp. Antragsteller nicht genannt, auch nicht einmal, was doch selbst bei einer sehr zusammenfassenden Berichterstattung möglich wäre, die Parteistellung bezeichnet wird. Man liest nur, daß „von einer Seite“ diese und „von einer andern Seite“ jene Auffassung vertreten wurde, was, wenn es solcher „Seiten“ nicht blos zwei, sondern eine ganze Anzahl giebt, nichts weniger als aufklärend wirkt. Der Gebrauch ist um so weniger begründet, da die Nichtöffentlichkeit der Kommissions-Sitzungen, auf der er ursprünglich beruhte, längst bestätigt ist, in allen Zeitungen während der Verhandlungen der Kommissionen darüber unter Nennung der Namen berichtet wird. In dem Grimm'schen Referat nehmen besonderes Interesse die Erklärungen des Kultusministers in Anspruch, wie sie hier im Zusammenhange vorliegen; man gewinnt daraus den Eindruck, daß Herr v. Goßler zwar in den Einzelheiten eine bedeutende Beherrschung des Gebietes der Verhandlung bewiesen, dadurch beispielweise wiederholt die zuversichlichsten Behauptungen des Zentrums in ihr Nichts aufgelöst hat, daß er aber betreffs der weiteren Entwicklung der Kirchenpolitik schwerlich in die Absichten des Fürsten Bismarck eingeweiht ist; in dieser Beziehung lauten seine Erklärungen häufig wie die eines nicht mit Instruktionen versehenen Regierungskommissars. — Betreffs des Verhältnisses zu Ruhland giebt heute der bekannte Offizielle der „Polit. Corresp.“, unter einem Versuch, die von ihm behauptete „chro-

nische Gefahr“ für die innere Politik zu fruktifizieren, zu, daß die unmittelbare Gefahr einer Friedensförderung nicht vorhanden sei. Von anderer und wohl zuverlässigerer, weil von Nebenabsichten freier Seite wird angedeutet, daß von hier aus Russland gegenüber konsequent die Taktik befolgt worden sei und weiter befolgt werden wird, über den Entschluß zur Erwiderrung feindseliger Gesinnungen durch ebensolche Gesinnungen keinen Zweifel zu lassen, und daß diese Methode bereits zu einiger Ernüchterung in Petersburg geführt hat.

Staats- und Volkswirthschaft.

** Wien, 22. März. [Kreditanstalt.] Der heute veröffentlichte Rechnungsausschluß der österreichischen Kreditanstalt weist in der Bilanz, welche sich im Betrage von 149,595,309 Fl. das Gleichgewicht hält, an Aktiven auf: Effektenbestand 2,437,243, Portefeuille 32,374,670, Kassabestände 11,650,055, Vorschüsse auf Effekten 17,028,128, auf Waaren 27,480, Inventar 68,656, Realitäten 1,554,000, Waaren 1062, Debitoren 84,454,013 Fl. — An Passiven: Aktienkapital 40,000,000, ferner rückwärtige Dividende 19,334, Accepte 9,186,978, Reservesfondskonto 2,181,160, verzinsl. Einlagen 10,634,994, Kreditoren 82,349,927 und Gewinn per Saldo 5,272,914 Fl.

** Wien, 22. März. [Allgemeine Depositenbank.] Die Generalversammlung der Aktionäre der Allgemeinen Depositenbank beschloß von dem Gewinne von 653,301 Fl. zu den am 1. Januar erzielten 10 Fl. weitere 6 Fl. zusammen 8 Prozent Dividende pro Aktie zu vertheilen. In dem der Generalversammlung erstatteten Bericht wurde hervorgehoben, daß die Depositenbank von der Pariser Krise nicht berührt wurde, da sie keine Forderung an die Union générale gehabt habe, vielmehr derselben im Kontoforment 113,494 Francs für Couponeinlösung schulde.

** Wien, 23. März. [Die Bilanz der Länderbank] pro 1881 weist unter den Aktiven auf: Baarbestände 1,200,998, Wechsel 8,887,152, Effekten 10,472,963, Konsortial-Geschäftsanteile 11,187,225, Effektenvorschüsse 20,461,878, Debitoren 29,219,778, Inventar 75,656 Fl.; unter den Passiven: Aktienkapital 46,825,000, Goldgros.-Reserve 250,000, außerordentliche Reservesfonds 7,023,750, Tratten 6,932,281, Kreditoren 18,157,027, Reserve für dubiose Forderungen 102,549, Gewinnsaldo 2,215,04 Fl. Das Gewinn- und Verlustkonto weist nach an Aktiven: Zinsengewinn 1,937,225, Bankgeschäft 184,604, Waaren geschäft 23,078, Syndikatgeschäfte 68,310 Fl. Unter den Passiven nebst Gehalten, Speien, Steuern und Abrechnungen wird ein Effektenverlust von 68,208 Fl. aufgeführt, den Effektenbestand bildet Renten (etwa 4½ Millionen), Grundlastaufnahmen, Prioritäten, Bahnpapiere und gute Industriepapiere, unter den Debitoren sind mit dem gleichen Betrage Kreditoren 8,274,031, durch Effekten bedekt 11,021,522 Fl. Die Effekten sind zum Courserwerthe vom 6. März in die Bilanz eingestellt, der Effektenbestand hat sich seit dem 31. Dezember auf etwas unter 9 Millionen vermindert.

** Wien, 23. März. [Die Einnahmen der Karlsruhiger Bank] (gesammtes Net) betrugen in der Zeit vom 11. bis zum 20. März 237,121 Fl. ergaben mithin gegen die entsprechende Zeit des Vorjahrs eine Mehrerinnahme von 13,314 Fl., die Einnahmen des alten Rechtes betrugen in der Zeit vom 11. bis zum 20. März 184,212 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Zeit des Vorjahrs eine Mehrerinnahme von 1461 Fl.

** Florenz, 22. März. [Nationalbank.] Der oberste Rath der Nationalbank hat an Stelle des verstorbenen Direktors Bombrini einstimmig Grillo zum Direktor der Bank ernannt.

** Sachsen-Weiningensche 7 Fl.-Loose de 1870. 35. Serienziehung am 1. März 1882. Die Gewinnziehung findet am 1. April 1882 statt. Ser. 444 871 940 950 976 1264 1478 1505 1517 1669 1828 1879 1911 2516 2525 2624 2873 2946 3010 3118 3387 3429 3477 3737 3969 3996 4097 4211 4223 4333 4410 4613 4688 4894 4952 5002 5102 5119 5484 5820 6037 6068 6191 6437 6697 6707 6761 6949 6979 7000 7109 7232 7233 7617 7640 7706 7785 7825 8227 8307 8385 8667 8924 8978 9038 9103 9354 9593 9758 9868.

Germischtes.

* Drei Heilige. In einzelnen Gemeinden des Maggiathales im schweizerischen Kanton Tessin herrscht die Sitte, daß die jungen Mädchen vom Pfarrer auf ein Jahr lang „con Signore o col bambino“ (mit dem Herrn Jesus oder mit dem Kindlein Jesus) in der Kirche feierlich verlobt werden. Die betreffenden Mädchen sind alsdann für die ganze Zeitdauer an diese himmlische Brautschafft gebunden und dürfen sie einem jungen Manne ihre Hand verprechen, weil sie dem „Bambino“ vertraut sind. Nach dem tessinischen „Dovero“ nun verloben in der ultramontanen Gemeinde Cavigno bei Cevio drei solcher dem Bambino angeterauter Mädchen in den Verstand. Sie halten sich für Heilige. Am ersten Freitag im März gab es in der Pfarrkirche des Dorfes eine sehr erregte Szene; daß eine der Mädchen sing laut an zu predigen, und die beiden anderen, welche sich im Verein mit ihrer Gefährtin als die verkörperte heilige Dreieinigkeit dem bestürzten Publikum repräsentierten, forderten plötzlich das Sakrament. Bei dem ausbrechenden Tumulte verließ der Pfarrer die Kirche. Die Mädchen aber flohen in ein Haus, wo sie sich einschlossen und das Gelübde abgaben, hinfest weder Speise noch Trank zu sich zu nehmen. Man rief die Polizei und den Arzt herbei. Die Thür mußte erbrochen werden. Als die Mädchen des Arztes ansichtig wurden, der ihren Geisteszustand prüfen wollte, schrieen sie ihm mit gellender Stimme zu: „Zurück du Kind der Welt — wir sind Jungfrauen und Heilige; du darfst uns nicht anrühren!“ Nach vielen Zureden gelang es, die eine der geisteskranken Mädchen ins Elternhaus zurückzuführen, die anderen beiden vermochten nur durch Gewalt aus dem Hause gebracht zu werden. Die Aufregung unter den Bauern ist eine sehr große.

Telegraphische Nachrichten.

Die Feier des kaiserlichen Geburtstags.

München, 22. März. Das heutige zu Ehren Sr. Maj. des Kaisers veranstaltete Festmahl, an welchem sämtliche Minister, der preußische Gesandte, Graf v. Werthern, beide Bürgermeister und zahlreiche Personen der verschiedensten Stände bewohnten, nahm einen glänzenden Verlauf. Der von dem ersten Bürgermeister, Dr. Erhardt, auf Kaiser Wilhelm ausgebrachte Toast wurde von den Anwesenden jubelnd aufgenommen.

Wien, 22. März. Heute Abend um 6 Uhr fand bei dem Kaiser und der Kaiserin anlässlich des Geburtstages des Kaisers Wilhelm ein Diner statt. Dazu waren erschienen: von der deutschen Botschaft der Botschaftsrath Graf Berchem mit Gemahlin und der Attaché Graf Schwerin-Wilsenhoff, der erste Obersthofmeister Prinz Hohenlohe, Minister Graf Kalnoky, Obersthofmeister Graf Cremnevile, Minister-Präsident Graf Taaffe, Obersthofmeister Freiherr Ropcsa, Obersthofmeister Graf Kinsky, Generaladjutant Freiherr von Mondel, der Chef des Generalstabes Freiherr von Beck, Kriegsminister Graf Bylandt-Rheydt; ferner die Obersthofmeisterin Gräfin Goëss, die Hofdamen Gräfin

Festetics und Landgräfin Fürstenberg, der Kämmerer vom Dienst Fürst Franz Joseph Auersperg, der Vorstand der Militärkanzlei, Generalmajor Popp, die Stabsoffiziere des 34. Linien-Infanterie-Regiments Oberstleutnant Schwingenkögl, Major Papay und Major Schiefer, endlich der Flügeladjutant vom Dienst Major Graf Rosenberg. Prinz Reuß und Gemahlin waren in Folge eines Krankheitsfalles in der Familie verhindert, dem Diner beiwohnen. Kaiser Franz Joseph brachte einen Toast auf das Wohl Sr. Majestät des deutschen Kaisers und Königs von Preußen aus.

London, 23. März. Zur Feier des Geburtstages des Kaisers Wilhelm fand gestern bei dem deutschen Botschafter, Grafen Münster, ein Festmahl statt, welchem ein zahlreich besuchter Empfang folgte. Die meisten Morgenblätter widmen dem Kaiser sympathische Glückwunschkartikel.

Petersburg, 22. März. Bei dem deutschen Botschafter erschienen heute zur Gratulation anlässlich des Geburtstages des deutschen Kaisers die Großfürsten Alexei, Sergei und Paul, Nikolai Michailowitsch und Michael Michailowitsch, die Herzöge Karl Michael von Mecklenburg und Georg Leuchtenberg und Prinz Alexander von Oldenburg; ferner u. a. die Minister Graf Boronow-Daschkow, Nabokow, Graf Ignatjew, und vom Auswärtigen Amt Geheimer Rath Giers, Baron Sonnini und Graf Kapnist; dann das gesamte diplomatische Corps, Graf Walujew und zahlreiche Würdenträger, sowie viele Herren und Damen der Aristokratie. Gegen 4 Uhr Nachmittags begaben sich der deutsche Botschafter General v. Schweinitz und die übrigen Mitglieder der Botschaft in einem kaiserlichen Extrazug nach Gatschina. — Heute Abend findet hier selbst ein Festmahl deutscher Reichsangehöriger statt.

Petersburg, 23. März. Bei dem gestrigen Galadiner in Gatschina trug der Kaiser, wie der „Herald“ meldet, die Uniform des Westpreußischen Ulanen-Regiments Nr. 1, Großfürst Nikolaus diejenige des Westpreußischen Kürassier-Regiments Nr. 5, Großfürst Michael die Uniform des 1. Schlesischen Husaren-Regiments Nr. 4, Großfürst Vladimir die Uniform des Thüringischen Husaren-Regiments Nr. 12, Großfürst Alexis diejenige des Brandenburgischen Ulanen-Regiments (Kaiser Alexander II. von Russland) Nr. 3 und Großfürst Paul die Uniform des Brandenburgischen Kürassier-Regiments (Kaiser Nikolaus I. von Russland) Nr. 6. Sämtliche Mitglieder der kaiserlichen Familie hatten den Schwarzen Adlerorden angelegt. Die Kaiserin war mit den Insignien des Louise-Ordens geschmückt. Nach dem Toaste des Kaisers Alexander auf den Kaiser Wilhelm intonierte die Musik des Leib-Garde-Regiments Preobraschensky die preußische Nationalhymne.

Petersburg, 23. März. An dem gestrigen Galadiner in Gatschina nahmen außer den Mitgliedern der kaiserlichen Familie Theil: der deutsche Botschafter, General v. Schweinitz, mit seiner Gemahlin, sämtliche Mitglieder der deutschen Botschaft, der Leiter des auswärtigen Amtes, Geheimer Rath Giers mit Gemahlin und eine große Anzahl anderer hoher Würdenträger mit ihren Gemahlinnen. Der Kaiser brachte in herzlichen Worten den Toast auf den Kaiser Wilhelm, seinen erlauchten Freund und Alliierten aus. — Zu dem Diner, welches die Großfürstin Alexandra Josephowna zur Vorfeier des Geburtstages des Kaisers Wilhelm am Dienstag im Marmorpalais gab, waren außer dem deutschen Botschafter nebst Gemahlin und den Mitgliedern der Botschaft auch Geheimrath Giers und andere Personen von Distinction geladen. Der Saal, in welchem das Diner stattfand, war mit der Büste des Kaisers Wilhelm geschmückt, dessen Gesundheit die Großfürstin ausbrachte. — Heute findet beim deutschen Botschafter ein Galadiner statt, zu welchem sämtliche hier akkreditirte Botschafter und Chefs auswärtiger Missionen, sowie auch Geheimrath Giers mit Gemahlin geladen sind.

Petersburg, 23. März. Das gestrige Festmahl der deutschen Reichsangehörigen, welches überaus zahlreich besucht war, nahm einen sehr glänzenden Verlauf. An Stelle des in Gatschina weilenden deutschen Botschafters brachte der bayerische Gesandte, v. Ruthardt, den Toaste auf den Kaiser Alexander aus; hierauf folgte der Toaste auf den Kaiser Wilhelm. Bei jedem Toaste wurde die entsprechende Nationalhymne gespielt und enthusiastisch aufgenommen. Fernere Toaste galten dem Kronprinzen des deutschen Reiches, dem deutschen Vaterlande u. a.

Warschau, 23. März. In dem Vereinslokale der Offiziere des Petersburger Grenadier-Regiments, dessen Chef Kaiser Wilhelm ist, fand gestern ein Festdiner statt, zu welchem der hiesige deutsche Generalkonsul, Freiherr v. Reichenberg geladen war.

Bukarest, 22. März. Zur Feier des 85. Geburtstages des deutschen Kaisers wurde heute feierlicher Gottesdienst in der protestantischen Kirche abgehalten, welchem außer den Mitgliedern der deutschen Gesandtschaft und der hiesigen deutschen Kolonie der Ministerpräsident Bratiiano, der Minister des Neuburg, mehrere Generäle, zahlreiche Senatoren und Deputierte beiwohnten. Der König war durch den Hofmarschall und zwei seiner Adjutanten vertreten. Nach dem Gottesdienste nahm der deutsche Gesandte, Graf Wesdehnen, die Glückwünsche der Minister, des diplomatischen Corps u. c. in seinem Hotel entgegen. Die deutsche Kolonie feiert den Geburtstag des Kaisers heute Abend durch ein Festbankett, zu welchem auch die österreichisch-ungarische Kolonie ihre Glückwünsche durch eine Deputation darbringt, welche bereits heute Nachmittag den deutschen Gesandten im Namen der österreichisch-ungarischen Kolonie beglückwünschte.

Wien, 23. März. Das Abgeordnetenhaus hat die Wahlreformvorlage nach den Anträgen der Ausschüsse mehrheitlich unverändert in zweiter Lesung angenommen; ein Antrag des Deputirten Weitlof, den Antrag der Minorität auf Vermehrung der Zahl der Wiener Abgeordneten in die Wahlreformvorlage aufzunehmen,

wurde mit 157 gegen 138 Stimmen abgelehnt. Die dritte Lesung der Vorlage findet in der heutigen Abendstunde statt.

Bien. 23. März. Der militärische Berichterstatter der „Polit. Korresp.“ konstatiert, daß die Insurgenten in der Crivoscie gegenwärtig auf den nördlichen Randhöhen der Hochebene von Ovovni, unmittelbar an der montenegrinischen Grenze, sich festgesetzt haben, ohne indeß die Grenze bisher überschritten zu haben. Wegen Wassermangels wurden von Abtheilungen von 15—20 waghalsige Expeditionen unternommen. Für die bisher in der Crivoscie bivouakirenden Truppen wurden Nothunterkünfte hergestellt.

Pest. 23. März. Das Unterhaus nahm die Wehrgezess-Novelle in namentlicher Abstimmung mit 191 gegen 113 Stimmen an.

Pest. 23. März. Der Unterrichtsausschuß des Reichstages hat den Gesetzentwurf über die Mittelschulen mit 7 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Pest. 23. März. Der „Pester Lloyd“ meldet auf das Bestimmtete, daß der Plan, einem europäischen Kongreß wegen Bosniens und der Herzegowina einzuberufen, von keinem Kabinett angeregt worden sei und weder offiziell noch vertraulich zur Erörterung gelangt sei. Es habe nicht einmal eine Sondierung in dieser Angelegenheit stattgefunden.

Paris. 23. März. Die Budgetkommission ist heute von den Büros der Deputirtenkammer gewählt worden, die große Mehrheit derselben besteht aus Anhängern der ministeriellen Vorlagen.

Marseille. 22. März. Laut Privatnachrichten aus Tlemcen meldet das Journal „Le petit Algérien“, daß eine Truppenkolonne in der Nähe von El Aricha mit Insurgenten zusammengestoßen sei, unter denen sich Si Sliman befunden haben solle. Die Insurgenten seien überrumpelt worden und hätten auf marokkanisches Gebiet fliehen müssen. Zwei Rebellenstämme seien um 3000 Schafe razziert worden.

London. 23. März. [Unterhauß.] Unterstaatssekretär Dilke antwortet auf eine Anfrage Ferninghams, die Regierung sei davon unterrichtet, daß einem französischen Hause in Bezug auf einen Theil des Espano-Distriktes eine Konzession ertheilt worden sei. Da es sich wahrscheinlich um ein Monopol betreffs des Exportgeschäfts und mithin um eine Verlezung der Vertragsrechte Englands handele, sei der englische Botschafter Lord Lyons angewiesen worden, die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Angelegenheit zu lenken.

Zara. 23. März. Das montenegrinische Umtsblatt „Glas Crnogorza“ erklärt die Nachricht, daß Montenegro Willens sei die bisherige strenge Neutralität gegen Österreich aufzugeben, für unbegründet. Das Blatt erinnert an den seitens Montenegros den Insurgenten ertheilten Rath, sich Österreich nicht zu widersezen und bedauert, daß dieser Rath ohne Erfolg geblieben sei. Montenegro müsse unter Bewahrung seiner Neutralität den Dingen ihren Lauf lassen. Das Blatt drückt schließlich den Wunsch nach Aufhören des Aufstandes aus in Rücksicht auf das Friedensbedürfnis und zur inneren Erstärkung Montenegros.

Ragusa. 23. März. Der Bandenführer Kokoli, welcher in Grahovo eingetroffen war, ist auf Befehl der montenegrinischen Regierung festgenommen und nach Cettinje ins Gefängnis gebracht worden.

Tunis. 22. März. In Folge weiteren Vorrückens der aufständischen Stämme nach der algerischen Grenze zu beginnen neue Truppenbewegungen. Eine neue formierte Marschkolonne, bestehend aus einem Infanteriebataillon, einem Tirailleurbataillon, zwei Schwadronen Spahis und einer Artillerie-Abtheilung ist gestern nach El Djerid abgegangen.

Berantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Insertate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wetterbericht vom 23. März, 8 Uhr Morgens.

D r t.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv.	W i n d. redus. in mm.	W e t t e r.	Temp. i. Cels. Grad.
Nullagmore	762	WSW	4 Regen	8
Aberdeen	758	NW	5 bedeckt ¹⁾	5
Schlesien	755	S	3 bedeckt	1
Kopenhagen	761	SW	2 bedeckt	3
Stockholm	759	W	2 wolfenlos	1
Havaraanda	752	NW	2 halb bedeckt	-2
Petersburg	759	NNW	1 bedeckt	2
Rostau	767	SSW	1 wolfenlos	3
Cork, Queenst.	766	WSW	4 Regen ²⁾	9
Brest	771	NNW	2 bedeckt	5
Gelder	766	NNW	1 halb bedeckt	4
Sylt	763	NW	2 halb bedeckt	3
Hamburg	764	NW	2 halb bedeckt ³⁾	2
Swinemünde	762	NNW	2 bedeckt ⁴⁾	3
Neufahrwasser	762	NNW	1 bedeckt ⁵⁾	3
Memel	760	ND	1 bedeckt ⁶⁾	3
Paris	767	WSW	3 bedeckt	1
Münster	765	still	1 wolfenlos ⁷⁾	-0
Karlsruhe	764	NW	1 wolfig	1
Wiesbaden	763	NW	1 halb bedeckt ⁸⁾	3
München	762	still	Schnee	-1
Leipzig	763	NNW	4 bedeckt	2
Berlin	762	N	1 bedeckt ⁹⁾	3
Wien	761	NW	1 bedeckt	2
Breslau	762	NW	2 bedeckt	4
Je d'Air	769	N	7 wolfenlos	4
Nizza	754	ND	3 heiter	5
Triest	755	D	1 Regen	13

¹⁾ Seegang mäßig. ²⁾ Seegang mäßig. ³⁾ Leichter Thau. ⁴⁾ Gestern und Nachts Regen. ⁵⁾ Abends Gewitter, gestern und Nachts Regen. ⁶⁾ Nachmittags kurzes Gewitter. ⁷⁾ Gestern Regen. ⁸⁾ Gestern graupeln und Schneegöber. ⁹⁾ Gestern Regen.

Skala für die Windstärke:

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch 6 = stark, 7 = stief, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = harter Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-

Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Übersicht der Witterung.

Beim Herannahen einer neuen Depression im Nordwesten ist über Schottland und Irland bei zunehmender Wärme und Regenwetter das Barometer sehr rasch gefallen und das Maximum des Luftdrucks nach Südwest-Europa zurückgedrängt worden. Über Zentral-Europa, wo allenthalben erhebliche Abfühlung eingetreten ist und die Temperatur jetzt vielfach unter der normalen liegt, ist bei schwacher nördlicher Luftbewegung das Wetter vorwiegend trüb, am Nordfuß der Alpen zu Schneefällen geneigt. Nur im südlichen Nordseegebiete herrscht heitere Witterung, wodurch stellenweise Nachtröste bedingt wurden.

Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März.

D a t u m	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	W i n d.	W e t t e r.	Temp. i. Cels. Grad.
23. Nachm.	755,1	NW schwach	bedeckt ¹⁾	+ 4,8
23. Abends.	755,6	NW schwach	bedeckt	+ 3,9
24. Morgs.	757,0	NW mäßig	bedeckt	+ 3,0
			¹⁾ Regenhöhe: 0,6 mm.	
			Am 23. Wärme-Maximum + 8° Cels.	
			= Wärme-Minimum + 2° Cels.	

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 23. März	Morgens 0,86 Meter.
= 23.	Mittags 0,86
= 24.	Morgens 0,84

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 23. März. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,485. Pariser do. 81,05. Wiener do. 169,95, R.-M. St.-A. — Rheinische do. — Geh. Ludwigss. 100, — R.-M.-Pr.-Antb. 127,11. Reichsanl. 101, — Reichsbank 148, — Darmst. 156. Meiningen B. 89, — Ost.-ung. B. 694, — Kreditbank 274, — Silberrente 64, — Papierrente 63, — Goldrente 79, — Ung. Goldrente 74, — 1860er Loose 119, — 1864er Loose 320, — Ung. Staatsl. 226,60 do. Ostb.-Obl. II. 91, — Böhm. Westbahn 253, — Elisabethb. — Nordwestbahn 176, — Galizier 254, — Franzosen 261, — Lombarden 120, — Italiener 88, — 1877er Russen 86, — 1880er Russen 69, — II. Orientanl. 56, — Bztr.-Pacific 111, — Diskonto-Kommandit — III. Orientanl. 56, — Wiener Bankverein 102, — ungarische Papierrente — Buschtierader — Dünge Bankverein —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 274, — Franzosen 261, — Galizier 254, — Lombarden 121, — II. Orientanl. —, III. Orientanl. — österr. Goldrente —.

Frankfurt a. M., 23. März. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 274, — Franzosen 261, — Lombarden 121, — Galizier 253, — österreichische Goldrente —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, österr. Silberrente —, Papierrente —, III. Orientanleihe —, 1867er Russen —.

Wien. 23. März. (Schluß-Course.) Die Börse war vorwiegend still, aber fest. Der Rechenschaftsbericht der Kreditanstalt übte keinen merklichen Einfluß.

Papierrente 74,90, Silberrente 75,80, Dörferr. Goldrente 93,00, ungarische Goldrente 118,60, 1854er Loose 118,70, 1880er Loose 129,70, 1864er Loose 169,20, Kreditloose 177,00, Ungar. Prämien 117,00, Kreditaktien 314,00, Franzosen 306,25, Lombarden 142,00, Galizier 298,25, Kasch.-Oderb. 141,00, Pardubitzer 149,20, Nordwestbahn 207,50, Elisabethbahn 207,00, Nordbahn 251,20, Österreich. ungar. Bank —, Türk. Loose —, Unionbank 122,10, Anglo-Austr. 124,00, Wiener Bankverein 114,90, Ungar. Kredit 309,00, Deutsche Plätze 58,75, Londoner Wechsel 120,35, Pariser do. 47,60, Amsterdamer do. 99,35, Rapoisons 9,53, — Dukaten 5,62, Silber 100,00, Marknoten 58,77, Russische Banknoten 1,20, — Lemberg-Gernowitz —, Kronpr.-Rudolf 164,00, Franz-Josef —, Dur-Bodenbach —, Böhm. Westbahn —, Elbthal 217,50, ungarische Papierrente 86,80, ungar. Goldrente 87,12, — Buschtierader B. 162,00, Ung. Präm. —, Eskompte —.

Wochenausweis der österr. Südbahn vom 12. bis zum 18. März 686,307 fl. Mehreinnahme 5481 fl.

Wien. 23. März. (Abendbörse.) Ungarische Kreditaktien 309,00, österr. Kreditaktien 313,80, Franzosen 306,00, Lombarden 142,50, Galizier 298,25, Anglo-Austr. —, österr. Anteillrente 74,87, do. Goldrente 93,00, Marknoten 58,75, Rapoisons 9,53, Banqueverein 114,75, Elbthal 217,00, ungar. Papierrente 86,60, 4prozent. ungar. Goldrente 87,02, — österreichische Goldrente 118,50, Nordwestbahn 207,50, Geschäftslös.

Paris. 23. März. (Schluß-Course.) Fest. 3pro. amortistib. Rente 84,27, 3pro. Rente 83,15, Anleihe de 1872 117,00, Italiener 5pro. Rente 89,15, Dörferr. Goldrente —, 6vr. ungar. Goldrente —, 4pro. ungar. Goldrente —, 5pro. Russen de 1877 —, Franzosen 648,75, Lomb. Eisenbahn-Aktien 308,75, Lomb. Prioritäten 279,90, Türk. de 1865 11,85, Türkloose 49,50, III. Orientanleihe —.

Credit mobilier 625,00, Spanier exter. 28, do. inter. —, Suez-Kanal-Aktien 2480,00, Banque ottomane 750,00, Union gen. —, Credit foncier 1617,00, Egypter 336,00, Banque de Paris 1170,00, Banque d'escompte 657,00, Banque hypothécaire —, Londoner Wechsel 25,28, 5pro. Rumänische Anleihe —, Banque de Lyon et de la Loire 330,00.

Paris. 22. März. Boulevard-Verschr. 3 prozent. Rente —, Anleihe von 1872 116,97, Italiener —, österr. Goldrente —, Türk. 11,75, Türkloose —, Spanier inter. —, do. extér. 28, ungar. Goldrente —, Egypter 338 3pro. Rente —, 1877er Russen —, Franzosen —, Lombarden —, Fest.

Petersburg. 23. März. Wechsel auf London 24, — II. Orient-Anleihe 89, — III. Orientanleihe 90.

Florenz. 23. März. 5v. Italien. Rente 91,34, Gold 20,68.

London. 23. März. Stetig. Consols 101, — Italien. 5v. Rente 88, — Lombard. 12, — 3pro. Lombarden alte 11, — 3pro. do. neue 11, — 5pro. Russen de 1871 82, — 5pro. Russen de 1872 84, — 5pro. Russen de 1873 83, — 5pro. Türk. de 1865 11, — 3pro. fundierte Amerikaner 105, — Dörferr. Silberrente —, do. Papierrente —, Ungarische Goldrente 73, — Dörferr. Goldrente 79, — Spanier 28, — Egypter 66, — 4pro. preuß. Consols —, 4pro. bair. Anleihe —, Platzdiscont 2, — Silber —.

In die Banf floßen heute 13,000 Pfds. Sterl.

New York. 22. März. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 95, — Wechsel auf London 4,85, — Wechsel auf Paris 5,18, — 3pro. fundierte Anleihe 102, — 4prozentige fundierte Anleihe von 1877 118, — Erie-Bahn 37, — Central-Pacific 114, — New York Centralbahn 132

Produkten-Börse.

Berlin, 23. März. Wind: N. Wetter: Raum.

Weizen per 1000 Kilo lolo 202—235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmeld. — bezahlt, beliebter polnischer — Mark, ab Bahn, ver Februar — bezahlt, per März — M. bez., per April-Mai 220—220½ bez., per Mai-Juni 219—219½ bez., per Juni-Juli 217—219½ bezahlt, per Juli-August 212½ bezahlt, per September-Oktober 211 bezahlt. — Gekündigt — Str. Regulierungspreis — Roggen mehl per 1000 Kilo lolo 158 bis 171 Mark nach Qualität gefordert, inländischer 165—169 Mark ab Bahn bezahlt, exqu. do. — M. p. Bahn bezahlt, seiner polnischen — Mark ab Bahn bezahlt, def. russischer — M. ab B. bez., russischer u. polnischer u. Gal. 160—163½ Mark ab Bahn — M. bezahlt, per März 163½ Mark, ver März-April — Mark bezahlt, per April-Mai 162—161½ bezahlt, per Mai — bez., per Mai-Juni 160—159—159½ bez., per Juni-Juli 158 bis 157½ bez., Juli-August 156—156 bez., September-Oktober 155½ bezahlt. — Gekündigt — Str. Regulierungspreis — M. — Gerste per 1000 Kilo lolo 129—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo lolo 127—127½ Mark nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 130 bis 143 M. bezahlt, ex. und mestreutischer 142—152 M. bezahlt, polnischer und Udermärkte 132 bis 147 M. bezahlt, schlechter 149 bis 156 bez., f. do. 157—162 bez., böhmischer 149—156 M. bezahlt, f. do. 157—162 M. bez., fein weiß mecklenburgischer — ab Bahn bezahlt März — bezahlt, per April-Mai 137½ bezahlt, per Mai-Juni 138½ Mark bezahlt, per Juni-Juli 140—140 bez. — Gekündigt — Str. Regulierungspreis — Mark — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaren 160 bis 200 M. Futterware 142 bis 158 Mark. — Mais per 1000 Kilo lolo 140—153 nach Qualität gefordert, per Februar — M. Februar-März — M. ver April-Mai 139 M. bez., Mai-Juni 137½ bezahlt, per Juni-Juli 136 M. per September-

Oktober 135 M. — Gekündigt — Str. — M. Regulierungspreis — M. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 31,00 bis 29,50 Mark, 0: 28,50 bis 27,50 M., 0/1: 27,50 bis 26,50 Mark. — Roggenmehl inkl. Sac 0: 24,25 bis 23,25 Mark, 0/1: 22,75 bis 21,75 M. März 22,65 bezahlt, März-April 22,55—22,50 bezahlt, per April-Mai 22,35 bezahlt, per Mai-Juni 22,20 bezahlt, per Juni-Juli 22,05 bezahlt, per Juli-August 21,85 bezahlt. — Markte Klix-Bärmalde — bez. Gekündigt — Str. Regulierungspreis — M. — Delfsau per 1000 Kilo — Winterrappe — M. Winterrüben — M. — Rübbel per 100 Kilo ohne Fass 54,4 M. lolo mit Fass 54,7 M. ver März — M. bez., per März-April — Mark, bezahlt April-Mai 54,9 bezahlt, Mai-Juni 55,3 bezahlt, Juni-Juli 55,6 bezahlt, September-Oktober 55,7 bezahlt. — Gekündigt — Zentner Regulierungspreis — M. — Weinöl per 100 Kilo lolo — M. — Petroleum per 100 Kilo lolo — M. — ver März 23,8 Mark bezahlt, per März-April 23,3 Mark, ver April-Mai 23,2 M. — ver Mai-Juni — M. — Mark bezahlt per September-Oktober 24,4 bezahlt. — Gekündigt — Zentner Regulierungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter lolo ohne Fass 45,0 Mark bezahlt, mit Fass — Mark bezahlt, per März — nom., per März-April — nom., per April-Mai 47,0—46,7—46,8 bez., per Mai — M. — Mark bezahlt, per Mai-Juni 47,3—47,0 bezahlt, per Juni — M. — Mark bezahlt, per Juni-Juli 48,2—48,0 bezahlt, per Juli-August 49,2—49,5 bezahlt, per August-September 49,6—49,5 bez., per September-Oktober 49,5 bis 49,3 bez. — Gekündigt — Liter Regulierungspreis — M. — (B. B.-3.)

Stettin, 23. März. [An der Börse.] Wetter: Regnig.

+ 6 Gr. R. Barometer 28,1. Wind: NO.

Weizen fester, per 1000 Kilo lolo gelber inländischer 210 bis 222 M. weiss 212—222 M. geringer 184—198 M. bez., per April-Mai 222,5—221,5—222,25 M. bez., per Mai-Juni 221 M. Br. u. u.

Gd., per Juni-Juli 220 M. bez., per Juli-August 215 M. bez., per September-Oktober — M. bez., — Roggen fester, per 1000 Kilo lolo inländischer 160 bis 163 M. per April-Mai 160,5—161,5 bis 161 M. bez., per Mai-Juni 158,5 M. bez., per Juni-Juli 156,5 bis 157 M. bez., per Juli-August — M. bezahlt, per September-Oktober 154,5 M. bez., — Gerste schwer verfäulich, per 1000 Kilo lolo Brau- 145 bis 160 M. Futter- 127 bis 138 M. — Hafer ruhig, per 1000 Kilo lolo inländischer 136—145 M. feiner 150 M. bez., mit Geruch 124 bis 132 M. bez. — Erbsen und Mais ohne Handel. — Winterrüben matter, per 1000 Kilo per April-Mai — M. bez., per Mai-Juni — M. bez., per Juni-Juli — M. bez., — Rübbel behauptet, per 100 Kilo lolo ohne Fass bei Kleinstgeleit 56,75 M. Br. per März 55,5 M. Br. per April-Mai 55,5 M. Br. per September-Oktober 56 M. bez., 55,75 M. Br. — Winterrappe per 1000 Kilo lolo — M. bez. — Spiritus höher, per 10.000 Liter Ct. lolo ohne Fass 43,5 M. bezahlt, mit Fass — M. bezahlt, kurze Lieferung, per März 44,7 M. nom., per April-Mai 45,6—46 M. bez., 45,8 M. Br. und Gd. per Mai-Juni 46,6 M. bezahlt und Br. per Juni-Juli 47,7 M. Br. u. Gd. per Juli-August 47,7 M. Bez. u. Gd. per August-Sept. mbe: 48,4 M. Br. u. Gd. per September 49 M. bezahlt. — Angemeldet: nichts. — Regulierungspreise: Weizen — M. Roggen — M. Rübbel 55,5 M. Spiritus 44,7 M. — Petroleum lolo 7,35 M. trans. bezahlt, alte Usancé — M. tr. bez., per September-Oktober — M. trans. bez. Regulierungspreis 7,35 M. tr.

(Döllsee-Sig.)

Berlin, 23. März. Das heutige Geschäft wichen nicht sonderlich von dem gestrigen ab, die Lustlosigkeit dauert an, aber es erhält sich im großen und ganzen auch die feste Stimmung. Vor Eröffnung des offiziellen Verkehrs schien es, als würde der Kontremine von neuem ein weiterer Spielraum eingeräumt. Indessen war dies, wie der spätere Verlauf ergab, nicht der Fall. Die Tendenz gewann einen Grad von Festigkeit, der in Rücksicht auf den äußerst beschränkten Umsang des geschäftlichen Verkehrs sogar als ganz bemerkenswert bezeichnet werden muß. Österreichische Kreditaktien und mit ihnen mehr oder weniger auch die übrigen Spekulationspapiere unterlagen mehrfachen

Kurschwankungen, die jedoch innerhalb sehr geringer Spannweiten sich abspielten. Für die Aktionen der österreichischen Eisenbahn-Aktiengesellschaften zeigte sich weniger Interesse als bisher und konnten sich dieselben auch nicht voll auf ihrem Kursstande behaupten. Ebenso begegneten die einheimischen Eisenbahnaktien einer wesentlich verringerter Aufmerksamkeit, da eben irgend welche anregende Momente im Augenblick gänzlich fehlten. Etwas bessere Kauflust herrschte dagegen auf dem Markt für einige Prioritäts-Stammaktien und rechneten sich in dieser Beziehung namentlich Dresdener, Oberlausitzer und Posener Kreuzbürger aus. Sehr stell verhielten sich Bankaktien und Industrie-

Bank- u. Kredit-Aktien.

Eisenbahn-Gesellschaften.

Münster-Datum 4 100,25 G

Niederschl.-Märk. 4 101,00 G

Elbein. St. A. abg. 4 162,30 bz

do. neue Apr. 5 160,60 bz

do. Lit. B. bez. 4 100,60 G

Oberschles. u. 1873 4

do. u. 1874 4 103,50 G

Wriez.-Leith. 4

do. Görl.-Döbel. 4

do. Nied.-Schw. 3

do. Starg.-Pol. 4

do. do. 11. 4

do. do. III. 4

do. do. IV. 4

do. do. V. 4

do. do. VI. 4

do. do. VII. 4

do. do. VIII. 4

do. do. IX. 4

do. do. X. 4

do. do. XI. 4

do. do. XII. 4

do. do. XIII. 4

do. do. XIV. 4

do. do. XV. 4

do. do. XVI. 4

do. do. XVII. 4

do. do. XVIII. 4

do. do. XVII. 4